

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wochenpreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Gewerke
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Vereinsrat)
Berlin N.O. 65, Greifswalder Straße 231/232.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 231/232.
Verleger: Ami Königstadt, Nr. 4728.

Nr. 51.

Berlin, Sonnabend, 27. Juni 1914.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis:

Die Arbeitskämpfe im Deutschen Reich von 1899—1913.
Die Deutschen Gewerkevereine im Jahre 1913. Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen.

Die Arbeitskämpfe im Deutschen Reich von 1899—1913.

Die amtliche Streikstatistik, wie sie alljährlich im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlicht wird, kann nicht als absolut zuverlässig angesehen werden. Dafür sind mehrfach Beweise beigebracht worden, und selbst die Regierung hat dies im Reichstage angeben müssen. Die amtlichen Zahlen weichen nicht unerheblich von den von den gewerkschaftlichen Organisationen aufgestellten ab. Aus dem allem kann, da die Fehler von Anfang der amtlichen Statistik an immer die gleichen geblieben sind, aus einer Zusammenstellung aller Zahlen wohl ein Vergleich über die Bewegungen in den einzelnen Jahren angestellt werden.

Wiederum im „Reichsarbeitsblatt“ finden wir eine zusammenfassende Betrachtung über die Streiks und Ausperrungen seit dem Jahre 1899. Aus den Angaben ist zu ersehen, daß im ersten Berichtsjahre 1899 99 338 Personen in einem Streik, 5298 in eine Ausperrung, also insgesamt 104 636 in einen Arbeitskämpfe verwickelt waren. Das Jahr 1913 weist 254 206 Streikende, 56 842 Ausperrte also zusammen 311 048 in Kämpfe verwickelte Personen auf. Die niedrigste Gesamtzahl hat das Jahr 1901 mit 60 676, die höchste das Jahr 1905 mit 526 810 Streikenden und Ausperrten zusammen. Die Zahl der Streikenden betrug 1899 noch 94,9% der Gesamtzahl der in Arbeitskämpfe verwickelten Arbeitnehmer, 1913 nur noch 81,7%.

Nimmt man immer 5 Jahre zusammen, so ergeben sich für das Jahrzehnt 1899—1903 im Jahresdurchschnitt 96 459 Streikende und Ausperrte, für das Jahrzehnt 1904—1908 279 817 und für das Jahrzehnt 1909—1913 sogar 327 593. Das zweite Jahrzehnt weist also nahezu die dreifache Zahl auf, und das dritte Jahrzehnt reicht erheblich über 300 000 Personen hinaus. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß infolge der rasanten Entwicklung Deutschlands zum Industrie- und Handelsstaat die Zahl der gewerblichen Arbeitnehmer merklich gewachsen ist. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache darf angenommen werden, daß im ersten Jahrzehnt der Jahresdurchschnitt der Kämpfenden 1,2%, im zweiten Jahrzehnt 3% und im dritten Jahrzehnt 3,1% aller gewerblichen Arbeiter ausgemacht hat. Im Verhältnis zur Zahl der gewerblichen Arbeiter haben sich dem „Reichsarbeitsblatt“ die Arbeitskämpfe im Umfang in der letzten Periode gegenüber der vorigen nicht mehr erheblich zugenommen. So kann man die Zahlen sorgfältiger prüft, so kommt man sogar zu dem Ergebnis, daß die keine Zunahme lediglich von den Ausperrungen zu erwarten ist. Die Zahl der Streikenden hat im Verhältnis zur Gesamtzahl der gewerblichen Arbeitnehmer im dritten Jahrzehnt sogar etwas abgenommen. Mit anderen Worten: Die Bedeutung der Arbeitskämpfe für das deutsche Wirtschaftsleben nimmt ab, die der Ausperrungen zu.

Zweifellos ist diese Erscheinung im wesentlichen auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Arbeitgeber sich immer fester in großen Organisationen zusammenschließen und selbst angriffsunfähig gegen die Arbeitnehmer vorgehen, indem sie in Anarchie die beste Verteidigung sehen und während Streiks durch Ausperrungen zu-

kommen oder partielle Streiks mit umfangreichen Ausperrungen beantworten.

Die amtliche Statistik weist auch in dieser Zusammenstellung wieder einen Mangel auf, insofern, als sie keinen Aufschluß gibt über die Dauer der Arbeitskämpfe. Geschiehe dies, so würde ohne weiteres eine beträchtliche Zahl von Streikenden wegen der geringfügigkeit des Kampfes für das Wirtschaftsleben auscheiden. Dagegen erhalten wir Auskunft über die Ergebnisse sowohl der Streikenden wie auch der Ausperrten. Im ersten Jahrzehnt hatten die Arbeitskämpfe, d. h. Streiks und Ausperrungen zusammen, vom Stande der Arbeitnehmer folgendes Resultat: Mit vollem Erfolge endigten 16,5%, mit einem teilweisen Erfolge 44,2% und ohne jeden Erfolg 40,3%. Im zweiten Jahrzehnt war ein voller Erfolg in 8,9%, ein teilweiser in 50,5% und kein Erfolg in 40,6% zu verzeichnen. Für das letzte Jahrzehnt sind die entsprechenden Zahlen 6,8%, 50,7% und 42,5%. Die Kämpfe mit vollem Erfolge sind also seltener geworden, die der ganz erfolglosen sind etwas gewachsen, während die Kämpfe mit teilweisem Erfolge, wo also der Ausgleich auf halbem Wege erfolgte, sich stark vermehrt haben. Erkennt man Streiks und Ausperrungen, so soll im letzten Jahrzehnt die Zahl der völlig erfolglos Streikenden mit 51,6% die Mehrheit gegenüber 39,6% mit teilweisem und nur 8,8% mit vollem Erfolge ausstehend erlangt haben. Dazu haben sicherlich die umfangreichen aber erfolglosen Streiks im Ruhrgebiet und auf den deutschen Schiffswerften weit beigetragen. Andererseits ist zu beobachten, daß bei den Ausperrungen nicht nur die Verhältniszahl der Arbeiter, die einen vollen Erfolg erzielten, von 18,9 im ersten Jahrzehnt auf 2,2% im letzten gesunken ist, sondern daß auch die Zahl der ausgesperrten Arbeiter, die ohne Erfolg kämpften, von 58,4% auf 22,3% sank. Der Ausgleich zeigt sich in dem starken Wachsen der teilweisen Erfolge der Ausperrten von 22,7% auf 75,5%.

Brüht man nüchtern diese Zahlen, so muß man zu dem Ergebnis kommen, daß von einer Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe im Deutschen Reich nicht die Rede sein kann. Die Entwicklung nimmt vielmehr einen friedlichen Verlauf. Umso berechtigter erscheint uns die Forderung auf Errichtung eines Reichs-einigungsamts, das dieser Entwicklung nur förderlich sein könnte, weil es die wirtschaftlichen Kämpfe weiterhin einschränken sehr wohl in der Lage wäre.

Die Deutschen Gewerkevereine im Jahre 1913.

Das vergangene Jahr ist der Entwicklung der Arbeiterorganisationen nicht günstig gewesen. Die schwere wirtschaftliche Krise hat auch auf ihren Mitgliederbestand nachteilig eingewirkt. Alle Organisationsrichtungen haben Mitgliederverluste zu verzeichnen. Auch die Deutschen Gewerkevereine haben ihre Zahl vom Jahre 1912 nicht aufrecht erhalten können. Unter Mitgliederverlust beträt 2607, eine absolut und relativ geringere Zahl als bei den freien und christlichen Gewerkschaften. Wir haben also keine Veranlassung, verzagt in die Zukunft zu schauen. Wenn man bedenkt, wie überaus schwierig die Stellung unserer Kollegen in den Betrieben ist, wenn man weiß, welches Maß von Ueberzeugungstreue dazu gehört, sich oft als Einzelner inmitten einer großen Schaar von Verbändlern als Gewerkevereiner zu bekennen, dann braucht uns der ge-

ringe Mitgliederabgang nicht mutlos zu machen. Wie nachstehende Tabelle zeigt, beträgt die Gesamtmitgliederzahl 106 618 gegen 109 225 Ende 1912. Nicht alle Gewerkevereine sind von dem Rückgang betroffen; einige haben sogar einen stattlichen Zuwachs zu verzeichnen. Die Zahl der Ortsvereine ist von 2142 auf 2153, also um 11 gestiegen. Eine Zunahme weist auch die Zahl der weiblichen Mitglieder auf. Wir verzeichnen 5397 gegen 4950 im Vorjahre.

Auch in den Finanzen kommt die schlechte Konjunktur, unter der unser Wirtschaftsleben zu leiden hatte, zum Ausdruck. Trotz alledem aber darf gesagt werden, daß die finanziellen Grundlagen unserer Organisation durchaus gesund sind. Die Gesamteinnahmen beliefen sich auf 2 866 891,58 Mk. gegen 2 786 329,46 Mk. im Vorjahre. Es sind also 80 562,12 Mk. mehr eingenommen worden. Die Gesamtausgaben für das Jahr 1913 betragen 2 620 864,71 Mk. gegen 2 461 716,76 Mk. im Vorjahre. Der Ueberdusch der Einnahmen über die Ausgaben beläuft sich auf 246 026,87 Mk.

Interessant ist es, die einzelnen Ausgabe-posten näher zu prüfen. An Arbeitslohnunterstützung wurden gezahlt 328 177,34 Mk. Das sind über 100 000 Mk. mehr als im Jahre 1912, wo diese Summe 226 775,77 Mk. betrug. Deutscher kann der wirtschaftliche Niedergang nicht wieder gespiegelt werden. Für Reise, Umgang, besondere Postfälle, Invalidität wurden zusammen 88 638,21 Mk. ausgegeben. Der Aufwand für Sterbefälle belief sich auf 116 164,04 Mk. und für Krankenunterstützung wurden gezahlt 805 096,43 Mk. Die Unterstützung bei Streiks, Wagneregelung und Ausperrung erforderte aus den Haupt- und den Lokalkassen zusammen 459 448,53 Mk. gegen 348 939,26 Mk. im Jahre 1912. Also auch hier wurden weit über 100 000 Mk. mehr gezahlt.

Die übrigen Ausgaben zeigen im Vergleich mit denen im Jahre 1912 keine erheblichen Abweichungen. Bedauerlich ist es und kann nicht stark genug gerügt werden, daß einige Gewerkevereine mit ihren Angaben noch im Rückstande sind und deshalb in dieser Tabelle nicht aufgeführt wurden. Dadurch ist das Bild nicht ganz genau, was im Interesse der Sache nicht wünschenswert ist. Bis in den Juni hätten wahrlich diese Zusammenstellungen überall erfolgen können.

Nebenfalls lassen die aufgeführten Zahlen mit aller Deutlichkeit erkennen, daß die Arbeiter in den Deutschen Gewerkevereinen eine Organisation finden, auf die sie in allen Notlagen des Lebens mit Sicherheit rechnen können. Dies kommt auch im Vermögensstande deutlich zur Geltung, über den Tabelle II Auskunft gibt. In den Lokalkassen aller Gewerkevereine befanden sich Ende 1913: 1 432 815,14 Mk. gegen 1 512 669,77 Mk. im Vorjahre. Die Lokalkassen weisen einen Gesamtbestand von 296 712,98 Mk. auf gegen 316 181,57 Mk. In beiden Klassen ist das Vermögen etwas gesunken. Das kann auf den ersten Blick auffallen, weil ja die Gesamteinnahmen größer waren als die Gesamtausgaben. Indessen waren fast alle Gewerkevereine im abgelaufenen Jahre gezwungen, Wertpapiere zu verkaufen. Dabei sind infolge des niedrigen Kursstandes nicht unbeträchtliche Verluste zu verzeichnen gewesen, die in diesen Zahlen zum Ausdruck kommen. In den Krankenkassen hat sich das Vermögen etwas erhöht. Es ist nämlich von 1 278 904,76 Mk. auf 1 280 400,09 Mk. gestiegen. Eine Zunahme weist auch das Vermögen in den Begräbniskassen auf; es stieg von 1 892 329,55 Mk. auf 1 456 412,80 Mk. Das Gesamtvermögen der Deutschen Gewerkevereine einschließlich des Verbandes betrug im Jahre

Einnahme.

Tabelle I.

Table with columns: Name des Gewerbezweigs, Zahl der Mitglieder, Einnahmen aller Klassen, Ausgaben, Unterstutzung bei: Arbeitslosigkeit, Reise, Umgang, Notfällen, Krankenfallen, Sterbefallen.

An der Statistik haben sich nur 8 Vereine mit 624 Mitgliedern beteiligt.

Tabelle II.

Vermögensbestand der Deutschen Gewerbetriebe und ihres Verbandes am 31. Dezember 1913.

Table with columns: Name des Gewerbezweigs, Hauptklasse, Totalklassen, Krankenkasse, Begrabnis-kasse, Gesamtvermogen.

Einschließlich des Inventars. 8 Vereine haben nur das Vermogen angegeben.

1913: 4 466 341,01 M. gegen 4 500 085,65 M. Der verhaltnismassig geringe Ruckgang ist wie folgt aus den durch den Verkauf von Wertpapieren erlittenen Verlusten zu erklaren.

großen Bewegung abzusehen ist. Betraechtliche Kutzungen der Akkordlöhne, die den Arbeitern einen Minderverdienst brachten, waren die Ursachen, aus denen im Januar verschiedene Abteilungen der Linke-Sofmann-Werke die Arbeit niederlegten.

Dieser Lohnkampf zieht nun nicht nur durch seine lange Dauer, sondern auch durch die große Zahl der beteiligten, meist verheirateten Arbeiter weitere Kreise in Mitleidenchaft. Die Kaufkraft der Arbeiter, die wohl von ihren Organisationsunterstutungen in angemessener Höhe erhalten, ist naturgemass herabgemindert; die Geschäftswelt spürt das sehr deutlich, und die Bùrgerschaft von Breslau hat schon vor einiger Zeit in öffentlichen Versammlungen für die Arbeiter Partei genommen.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 26. Juni 1914.

Die Notwendigkeit eines Reichseinnigungsamts, dessen Errichtung von den Deutschen Gewerbetriebern nun schon seit einer Reihe von Jahren gefordert wird, ergibt sich neuerdings aus den langen Dauer des Streiks und der damit verbundenen Auspöhrung auf den Linke-Sofmann-Werken in Breslau. Rund 22 Wochen sind nun schon ins Land gegangen, ohne daß ein Ende dieser

wendigkeit der Schaffung eines Reichseinnigungsamtes mit aller Deutlichkeit aufs Neue beweisen, zumal hier auch das Staatsinteresse berührt wird. Die Linke-Sofmann-Werke liefern ihre Lokomotiven und Waggons an die Staatseisenbahnen. Diese Lieferungen unterbleiben jetzt, weil mit den ungeliebten Arbeitern, die noch im Wert tätig sind, nichts geliefert werden kann. Das Eisenbahnministerium wäre hier zunächst die Notwendigkeit der einzuweisen hätte, nachdem der Gewerbegerichtsvorsitzende in Breslau keine Zugeständnisse der Firma erzielen konnte. Die Einwirkung dieses Ministeriums wäre hier aus volkswirtschaftlichen Gründen durchaus geboten, weil eben ein Reichseinnigungsamt mit Verhandlungszwang zurzeit noch nicht besteht.

Ein Stück werttätiger Sozialpolitik fordert der Deutsche Käuferbund von den auf Urlaubsreise befindlichen Privatangestellten. Die Mahnung sollte aber auch von den Arbeitern beherzigt werden, die in die glückliche Lage kommen, ihren Urlaub anderswo zu verleben. Die Arbeitsverhältnisse der Gastwirtschaftlichen (Kellner, Köche usw.) sind vielfach so ungünstig und die Selbsthilfebemühungen oft noch so wenig vorgebracht, daß eine gewisse Mitarbeit des reisenden Publikums an sozialen Fortschritt dieser Arbeiter-schicht recht ermutlich erscheint. Eine Bundesratsverordnung von 1902 gibt den Gehilfen Anspruch auf siebenmal wöchentlich eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 8 Stunden. Für Jugendliche unter 16 Jahren sind 9 Stunden vorgesehen. In Kur- und Badeorten kann die höhere Verwaltungsbehörde für eine dreimonatige Saison die Ruhezeit der Erwochsenen auf 7 Stunden verkürzen. Außerdem müssen täglich Ruhepausen von insgesamt 2 Stunden (abgesehen von den Mahlzeiten) gewährt werden. In jeder dritten Woche ist eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 24 Stunden zu geben. In Städten mit über 20 000 Einwohnern hat die Ruhezeit jede zweite Woche einzutreten. In den übrigen Wochen muß mindestens einmal eine sechsstündige Ruhezeit zwischen morgens 8 und abends 10 Uhr gewährt werden. Zwischen 10 Uhr abends und 6 Uhr morgens dürfen Gehilfen und Lehrlinge unter 16 Jahren nicht beschäftigt werden; Jugendliche weiblichen Geschlechts dürfen während dieser Zeit nur zur Bedienung der Gäste verwendet werden, wenn sie zur Familie des Arbeitgebers gehören.

Diese bescheidenen Arbeiterschutzbestimmungen, um deren Ausbau die Gastwirtschaftlichen und die Gesellschaft für Soziale Reform seit Jahren vergebens bemüht sind, werden sehr oft übertritten. Die Gewerbeaufsicht und die örtliche Polizei reichen zur Kontrolle weitaus nicht aus; die Strafen für Uebertretungen fallen zu gering aus, um erziehlisch zu wirken. Darum ist die Hilfe des sozialem Denken erzeugenen Publikums notwendig. Im Sinne des Käuferbundes bitten wir die Kollegen, darauf zu achten, ob die Bundesrats-

Tabelle I.

M u n g a b e.

In- valdität	Unterstützung d. Streik, Maß- regelung und Aussperrung		Bildungs- zwecke		Agitation und Reisen		Hauptvor- standsbesitzung Generalver- sammlung, Kon- ferenzen usw.		Persönliche und sachliche Verwaltungskosten				Zeitungen nebst Bericht		Drucksachen, Agitations- material, Ar- beitsver- mittlung		Orts- verbände- und Berbands- steuer		Rechtschutz		Neu angelegte Gelder pro 1913		
	aus der Hauptkasse	aus den Einkassens	aus der Hauptkasse	aus den Einkassens	aus der Hauptkasse	aus den Einkassens	aus der Hauptkasse	aus den Einkassens	der Hauptkasse		der Ortsvereine		aus der Hauptkasse	aus den Einkassens	aus der Hauptkasse	aus den Einkassens	aus der Hauptkasse	aus den Einkassens	aus der Hauptkasse	aus den Einkassens	aus der Hauptkasse	aus den Einkassens	
									aus der Hauptkasse	aus den Einkassens	aus der Hauptkasse	aus den Einkassens											
14 617 75	289 659 45	68 089 77	12 582 98	160 471 91	6 188 55	50 891 62	116 172 27	64 620 66	20 119 65	16 206 26	8 572 84	57 685											
20 28 76	44 950 66		4 424 87	12 959 47	2 087 71	26 489 51	40 903 86	11 897 75	2 428 75	7 611 12	727 48												
24	16 351 76	1 150	1 879 65	5 800 98	782 84	15 288 57	16 806 67	6 946 70	1 726 21	3 778 95	1 024 08												
480	21 228 10	2 882 76	2 827 45	25 651 21	571 60	12 142 15	28 610 22	9 775 68	2 480 06	2 487 82	1 888 75												
15	2 258 70		512 55	2 846 90	1 806 65	12 082 28	18 790 94	8 716 18	200	1 984 94	708 78												
75	601 95	7 219 09	1 019 50	814 57	1 004 12	8 679 87	10 888 80	7 155 59	4 704 04														
55			129 68	972 91	224 80	2 906 12	8 507 77	1 644	74 60	1 544 99	61 24												
06			588 05	481 14	2 741 60	4 194 09	5 707 71	1 447 97	982 40	784 98	54 50												
60			28 101 28	487 40	941	4 067 80	8 980 64	1 758 26	528 85	477 88	75 10												
82/30			181 20	544 85	92	870 82	1 392 05	1 284	959 91	421 45	442 40												
			86	144 60	86	415 81	788 45	651 06		480 92													
				80	82	199 06	881 50	458 20	207	81 45	5												
				68 70	887 62	270 10		776 48	105	860	1 518 82												
	922	80	50	446 82	179	11 50		2 612 55	250	400 40	1 215												
								7 44		18													
								17 42															
64/06	16 621 70	886 307 51	78 141 02	22 199 22	201 588 14	19 074 74	189 710 11	289 850 88	117 811 87	81 112 65	89 248 51	18 250 12	120 888 74										

verordnung eingehalten wird. Besonders oft werden Jugendliche zu lange beschäftigt. In solchen Fällen empfiehlt es sich, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zumindest auf das Unstatthafte ihres Handelns hinzuweisen. Es ist auch erwünscht, wenn die Gäfte sich beim Personal oft nach den Arbeits-, Wohn- und Lohnverhältnissen erkundigen. Wenn die Wirte sich von den Gästen kontrolliert fühlen, wird schon vieles besser werden.

Arbeiterbewegung. Der Streik der Goldbildhauer in Berlin nimmt seinen Fortgang. Die Unternehmer haben erklärt, daß sie eine längere Arbeitszeit als sie bei den Goldarbeitern bestell, nicht bewilligen könnten. — Auch der Kampf der Berliner Droschkenkaffeeure dauert fort. Die Unternehmer haben versucht, den Schiedsgericht des Einigungsamts als nichtig zu bezeichnen. Darauf ist ihnen vom Gewerbeamt ein Schreiben zugegangen, daß kein Anlaß mehr vorläge, auf die Angelegenheit noch einmal einzugehen. Damit ist indirekt der Wortbruch der Unternehmer noch einmal bestätigt. Ihre Bemühungen, Arbeitswillige heranzuziehen, scheinen keinen Erfolg zu haben. — In Koblenz haben die Maler-Gehilfen nach achtwöchigem Streik die Arbeit aufnehmen müssen, ohne daß es ihnen gelungen wäre, einen nennenswerten Erfolg zu erzielen. — Der Streik der Formner in den sächsischen Gießschloßwerken in Döhle n bei Dresden ist beendet, nachdem auch die Aussperrung aufgehoben worden ist.

Seit Monaten schon streifen in London die Bauarbeiter. Die zwischen ihren Führern und den Unternehmern getroffenen Vereinbarungen sind von den Arbeitern zum dritten Male abgelehnt worden. Es besteht die Gefahr, daß nunmehr eine allgemeine Aussperrung erfolgt. — Um eine Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse herbeizuführen, sind auf der großen Putilowwerft in Petersburg 3000 Arbeiter in den Ausstand getreten. — In Paris hat ein Teil der Postbeamten keine Tätigkeit eingestellt, weil den Senat die von ihnen geforderte Gehaltserhöhung abgelehnt hat.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Mai zeigt nach dem „Reichsarbeitsblatt“ eine geringe Zunahme des Beschäftigungsgrades, bei der Großindustrie zum Teil eine Abnahme. Die im Vormonat berichtete Wiederbelebung bedarfte in der Hauptsache ihren saisonartigen Charakter. Die Gesamtlage des gewerblichen Arbeitsmarktes war noch unbefriedigend.

Die Berichte der industriellen Firmen und Verbände über die Lage des Arbeitsmarktes lauten nach wie vor wenig günstig. Der Eingang an Aufträgen blieb im allgemeinen bei außerordentlich gebückten Preisen unzureichend; nur vereinzelt ist eine Besserung gegen den Vormonat eingetreten. Gegenüber dem Vorjahre wird jedoch aus den meisten Industrien eine Verschlechterung berichtet.

Im Ruhrkohlenbergbau gestaltete sich die Lage infolge besonderer Verhältnisse etwas besser, wogegen der Kohlenbergbau in Ober- und Niederschlesien unzulänglich beschäftigt war. Aus dem Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau wird über eine teilweise Besserung des Beschäftigungsgrades berichtet. Die Kohleisen- sowie die Stahlindustrie konnten die Erzeugung und den Versand gegen den Vormonat nicht unbedeutlich steigern, ohne jedoch die Höhe des Vorjahres zu erreichen. Der Kaliberbergbau war bei einem der Jahreszeit entsprechenden Rückgang normal beschäftigt. In der Metallindustrie hat sich der ungenügende Beschäftigungsgrad weiter verschlechtert, ebenso in der Maschinenindustrie mit Ausnahme einiger besonderer Zweige, die über gute Beschäftigung und eine Besserung gegenüber dem Vormonat berichten. Die chemischen Fabriken hatten wieder gut zu tun. In der elektrischen Industrie dagegen klagten wichtige Zweige über unzulängliche Aufträge und eine Verschlechterung gegen den Vormonat. Die Textilindustrie war in ihren Hauptzweigen nicht zufriedenstellend beschäftigt. Ueber fast durchweg schlechten Beschäftigungsgrad berichtet die Holzindustrie, während die Nahrungs- und Genussmittelindustrie im allgemeinen hinreichend beschäftigt war. Im Baugewerbe ist die Erholung zum Teil fortgeschritten, an wichtigen Stellen aber wieder zum Stillstand gekommen.

Die über den Beschäftigungsgrad berichtenden Krankenkassen hatten vom 1. Mai bis zum 1. Juni für die in Arbeit stehenden Mitglieder eine Zunahme der Beschäftigungsziffer um insgesamt 139 184 Mitglieder oder 1,37 v. H. zu verzeichnen und zwar ist die Zahl der männlichen Mitglieder um 83 808 oder 1,25 v. H., die der weiblichen um 55 376 oder 1,60 v. H. gestiegen. Die bereits im April berichtete Besserung des Beschäftigungsgrades ist also, wenn auch in mäßigem Umfang, fortgeschritten.

Ein wenig günstiges Bild zeigt dagegen der Andrang der Arbeitsuchenden bei den Arbeitsnachweiser; und zwar kamen im Berichtsmontat auf je 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 172 Arbeitsgesuche gegen 161 im Vormonat und 166 im Vergleichsmonat des Vorjahres. Bei den weiblichen Personen kamen im Berichtsmontat auf 100 offene Stellen 100 Arbeitsgesuche, gegen 94 im Vormonat und 100 im Mai 1913. Es kommt in diesem Ergebnisse die gewöhnlich im Mai eintretende Steigerung des Andranges der männlichen und weiblichen Arbeitsuchenden zum Ausdruck; doch weist der im Vergleich zum Mai 1913 erheblich stärkere Andrang der männlichen Arbeitsuchenden auf eine Verschlechterung gegenüber dem Vorjahre hin.

Weniger ungünstig lauten wieder die Ziffern über die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern der berichtenden Arbeiterverbände; und zwar waren unter 2 313 079 Mitgliedern von 48 berichtenden Arbeiterverbänden im April wie im

Mai 28 v. H. arbeitslos. Der gleiche Stand ergibt sich, wenn man nur die gleichen Verbände gegenüberstellt. Die Arbeitslosigkeit, pflegt von Ende April bis Ende Mai etwa auf gleicher Höhe zu verharren. Das ist demnach in diesem Jahre der Fall gewesen, wogegen die Arbeitslosenziffer im Vorjahre von 23 v. H. Ende April auf 25 v. H. Ende Mai stieg. Immerhin ist die Arbeitslosenziffer des Mai 1914 noch größer als die des Mai 1913.

Nach den Berichten der Arbeitsnachweiserverbände hat die schon im Vormonat wenig günstige Lage des Arbeitsmarktes in Groß-Berlin sich weiter verschlechtert, ebenso ist in Westfalen, Lippe, Bayern, Württemberg und Baden eine Verschlechterung des Beschäftigungsgrades eingetreten. Auch im Rheinland überwiegt die Verschlechterung gegenüber einer teilweisen Besserung, die auch in Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau sowie in Waldeck zu verzeichnen war. In Elbsaß-Lothringen gestaltete sich die Gesamtlage befriedigend.

Die Vermittlung landwirtschaftlicher und industrieller Wanderarbeiter ist gegen das Vorjahr abermals beträchtlich zurückgegangen.

Die Einnahmen aus dem Güterverkehr der deutschen Eisenbahnen (einschließlich der bayerischen Staats- und Privatbahnen) betrugen im Mai 1914 im ganzen 188 376 787 Mark oder gegen den gleichen Monat des Vorjahres 7 264 813 Mark mehr. Auf 1 Kilometer berechnet, ergibt sich gegenüber dem Mai 1913 eine Mehrernte von 83 Mark oder 2,84 v. H. Bei der Verteilung der Einnahmeergebnisse ist die verschiedene Lage des Wagnisfestes (1913 ganz, 1914 nur teilweise im Mai) zu berücksichtigen.

Im reinen Warenverkehr des Spezialhandels, der die Ein- und Ausfuhr in den und aus dem freien Verkehr sowie zu und nach der Veredelung auf inländische Rechnung umfaßt, hatte im Monat Mai 1914 die Einfuhr in das Deutsche Reich nach den vorläufigen Feststellungen einen Wert von 902,96 Millionen Mark gegen 878,69 Millionen Mark im Mai 1913, die Ausfuhr einen Wert von 880,72 Millionen Mark gegen 820,66 Millionen Mark zu gleicher Zeit des Vorjahres.

Eine berechtigte Frage. In Halle a. S. haben kürzlich die Häuptlinge der Gelben unter Führung des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie eine Sitzung abgehalten, um ein nationales Kartell aller Verbände usw. zu bilden. Im dem Bericht über die Sitzung bringt die Konserbative „Sächsische Stg.“ folgende Mitteilungen:

Fragen über Sozialpolitik sowie Politik dürfen nicht mehr ängstlich gemieden werden. Der bishierige Grundlag: Politik darf nicht getrieben werden, gehört in die Zukunft. Die nationale, vaterländische usw. Arbeiterschaft ist verpflichtet, zu allen politischen Tagesfragen Stellung zu nehmen. Das Kartell muß die Bilanz

Wirden den sozialdemokratischen Organisationen gegenüber.

Mit Recht wirft dazu der „Vorwärts“ die Frage auf, wie sich die Polizei diesen gelben politischen Berechnen gegenüber verhalten wird.

Ein neuer Rabattanspruch. Die Rabattsysteme schieben wie Pilze nach warmem Sommerregen aus dem Boden. Raum ist für eine Rabattsysteme von den Konsumenten abgelehnt, so meidet sich ein anderer fruchtbarer Boden, der das Glück der Menschheit durch eine vielleicht noch unmöglichere Konstruktion fördern will.

Da auf dem Gebiete vernünftiger Versicherung gegen Unfall, Krankheit und dergleichen einwandfreie Leistungen nur Genüge zu verzeichnen sind.

wäre es ein äußerst bedenkliches Attentat auf die Vernunft und das eigene Wohl, wenn das neueste Rabattsystem Eingang in Kaufkreise fände.

Gewertvereins-Teil.

Hagen. Am Sonntag, den 28. Juni, nachmittags 4 Uhr, findet in Böhle im Lokale von Abraham eine Ortsverbandversammlung statt.

Hagen-Schwelm. In den hiesigen Kreisen sind nun die Wahlen der Bezirksamt Versicherungsamt erledigt, und wir können mit Zufriedenheit auf das Resultat zurückblicken.

Verbands-Teil.

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewertvereine (G.-V.). Verbandsabend der Deutschen Gewertvereine, Greifswalderstr. 221-23.

Orts- und Bezirksvereine. Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 Uhr, Vertreter-Erklärung im Kurhofs Gesellschaftsraum, Bremen, Reckenstraße.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Der Gewerkverein Jahrgang 1913 mit feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken.

Teilzahlung Uhren und Goldwaren, Photoartikel, Feldstech., Sprechmaschinen, Musikinstrumente, Spielwaren, Koffer usw.

Hohenhausen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen (eben Berufes erhalten Reiseunterstützung beim Kollegen R o h l, Kochstr. 10.

Breslau (Ortsverb.). Durchreisende arbeitslose Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbeitrag bei Dittmar, Fischerstr. 666.

Burg b. Magdb. Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. Ortsverbandsgeld beim Kassierer Otto Fie b, Weinbergstr. 21.

Nachen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mf. Reiseunterstützung in dem Arbeiterssekretariat Nachen, Jüllcherstr. 77.

Saale a. S. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Ihr Ortsverbandsgeld (Kaufmannsamt) im Werte von 1 Mark beim Kassierer ihres Berufes, Kollegen unterverleihen Berufes beim Ortsverbandskassierer Karl R o p e Große Steinstraße 10, S. IV.

Wisdam (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbeitrag bei dem Kassierer ihres Ortsvereins.

Nachen. Durchreisende erst im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pfg. bei E. Gerde, Mend. Graben 80.

Friedrich Mannmanns. Neudtsche Wirtschafspolitik 8. Veränderte Auflage. Fortschritt (Buchverlag der „Liffe“), G. m. b. H. Berlin-Schöneberg 1911.

Hirna (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Unterstützung beim Ortsverb.-Kassierer P. Krumbiegel, Schiffstr. 19.

Sera (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Gewertvereinskollegen wird angepagelt bei S. C h e i d e r, Bismarckstr. 62.

Hr. Starck (Ortsverband). Durchreisende Gewertvereinskollegen erhalten 0,75 Mf. bei dem Ortsverbandskassierer E. G e r r m a n n, Markt 32.

Schütz (Ortsverb.). Durchreisende Arbeitslose erh. Unterstützung bei Eubig, Baugnerstraße 28, Seitenhaus 3. Etage.

Kathenow (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsverbandsgeld beim Kassierer Aug. S c h ü d r, Semmlerstr. 23.

Schwelm (Westfalen). Durchreisende Gewertvereinskollegen erhalten an Unterstützung 60 Pfg. beim Ortsverbandskassierer Ernst Breuer, Kaiserstr. 5.

Oberhausen (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterstützung im Bureau, Bülowestraße 67.

Schwednitz (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Besprechungskarten im Werte von 75 Pfg. bei allen Ortsvereinskassierern. Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsverbandskassierer Ad. Reinert, Margarethenplatz 13.

Wremberg R.-L. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten das Ortsverbandsgeld beim Ortsverbandskassierer. Otto R e f f e r, Bangstr. 46 I. Mittags von 12-1 Uhr und abends von 6-7 Uhr.

Der Zentral-Arbeitsnachweis der Berliner Ortsvereine (Arl.-V.) NO. 55, Greifswalderstraße 221-23 wird hiermit jedermann zu unentgeltlicher Bemittlung empfohlen.